

... dass auch die soziale Indifikation (die soziale Verhältnisse) für sich allein genügen muß, um die Schwangerschaft zu unterbrechen. An sich wäre ich dafür, daß jeder Einzelfall durch eine Kommission entschieden wird, die aus Ärzten, Sozialfürsorgern und Vertretern der Arbeiterschaft und der Werktätigen, insbesondere der Frauen, besteht. Aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde eine solche Kommission keine wesentlichen Änderungen gegenüber bestehenden, zum Himmel schreienden Zuständen, herbeiführen. Es würde im besten Falle so viel Kompromisse geben, daß tatsächlich alles so gut wie beim Alten bliebe. Infolgedessen muß man unter den gegenwärtigen Verhältnissen eintreten für vollständige Abschaffung des § 218.

3. Wie beurteilen Sie die Gefahr der Schwangerschaftsunterbrechung?
In ausgerechneten Kliniken und von technisch hervorragend ausgebildeten Ärzten wird hier die Schwangerschaftsunterbrechung vorgenommen. Die Bevölkerung wird in weitester Nähe über die Geburtenregelung aufgeklärt und die Schwangerschaftsunterbrechung ist die ultimo ratio, also die letzte Maßnahme und wird gesundheitlich einwandfrei durchgeführt. Auf Grund des Materials, das mir zugänglich ist, muß ich sagen, daß ich diese Lösung für ideal halte.

4. Warum ist Ihre Meinung nach die herrschende Kapitalistenklasse für den § 218?

Weil es ihr nicht um die Interessen der Volksmassen geht. Sie will auf Kosten der Volksmassen Maschinenlöhner und Kanonenfutter haben. Sie will ferner keine Antikämpfung der bürgerlichen Ideologie und der Kulturreaktion gestatten.

7. Wie beurteilen Sie die Stellung der einzelnen Parteien zum § 218?

Die offen kapitalistischen Parteien sind aus dem Vorhergesagten, also im Interesse des Kapitals und der Kulturreaktion, für die Beibehaltung des § 218. Auch das Zentrum wird in erster Linie von kapitalistischen Motiven und nur daneben von reaktionären-religiösen Gebanngungen geleitet. Die Hitlerpartei sieht zu überhaupt in der Frau eine Skandin und Gebärmachmaschine. Die SPD erklärt, daß sie gegen § 218 ist, aber infolge ihrer Koalition mit den kapitalistischen Parteien, speziell mit dem Zentrum, ergibt sich zwangsläufig eine Anlehnung an die kapitalistische Stellung zum § 218; insofern war die Haltung des Staatsanwaltes Dr. Hünner in München in der letzten Reichstags-Sitzung gegenüber dem Antrag der SPD. Die Kommunistische Partei ist die einzige, die sich rückhaltlos und entschieden gegen den § 218 einsetzt, ebenso die KPD.

8. Wie ist gegenwärtig der Kampf gegen § 218 zu führen?

Durch eine Massenbewegung der Arbeiterschaft und der ganzen werktätigen Bevölkerung, insbesondere der Frauen selber, die in Verbindung mit dem Befreiungskampf der Volksmassen überhaupt stehen muß. Ueberall gilt es, die Volksmassen zum Kampf gegen den Nordparagrafen § 218 aufzurufen. Nieder mit dem § 218!

Über die Massenveranstaltungen berichten wir morgen ausführlich.

Der Denunziant heht gegen Frau Dr. Kienle

Der Dresdner Anzeiger veröffentlicht eine Zuschrift des Denunzianten, von dem in der 3. Frage oben die Rede ist. Es ist ein Dr. Reunhofer (Stuttgarter) und der erklärt, er habe Frau Dr. Kienle wegen eines „Kunstfehlers“ bei einer Patientin angezeigt. Sehr charakteristisch, daß der laubere Dresdner Anzeiger mit solchen Mähdchen operiert, nachdem Frau Dr. Kienle Dresden verlassen hat! Zur Sache ist zu sagen, daß die Dresd. Patientin erst bei jemand anderem behandelt wurde und zu spät zu Frau Dr. Kienle kam. Frau Dr. Kienle ist auch nicht wegen Kunstfehlers, sondern wegen Vergewaltigung § 218, also Verletzung gegen das Gesetz durch Abtreibung in zahlreichen Fällen angeklagt. Der Staatsanwalt hätte sich mit Freude auf andere Paragrafen gestürzt, aber die Anklage lautet ausschließlich auf § 218. — Um einen schandwürdigen Nordparagrafen geht es also! Mit je gemeineren Methoden die Vertreter des § 218 vorgehen, desto gewaltiger wird die Empörung der Volksmassen!

Birth beim Papst in Privataudiens

Nach einer Meldung der Wollischen Telegramen-Agentur ist der deutsche Reichsminister Dr. Birth gestern in Rom vom Papst in längerer Privataudiens empfangen worden. Man erwartet angesichts der großen Erfolge der Kirche in Deutschland, die durch die neue Klosterordnung neue Sonderrechte erhalten hat, eine hohe Auszeichnung des deutschen Innenministers und gläubigen Katholiken durch seinen obersten Kirchenherrn. Herr Birth dürfte nicht verzeihen, sich bei der SPD auch dafür zu bekümmern, denn ohne sie wäre es ihm kaum möglich gewesen, der Kirche diese Position einzuräumen.

161 000 200 Einwohner in der UdSSR
Izud, die Moskauer Gewerkschaftszeitung, teilt mit, daß nach den statistischen Ergebnissen der Zählung vom 1. Januar 1931 in der Sowjetunion 161 Millionen Menschen wohnen. Weiter wird dabei mitgeteilt, daß in der Sowjetunion 15 autonome Republiken und 18 autonome Bezirke bestehen, die das geistliche und kulturelle Leben der einzelnen Völkergruppen selbst regeln. Auf dem flachen Lande betragen insgesamt 69 815 Sowiets.

§ 48 — ein Spiel mit dem Feuer!

SPD-Blatt enthält die eigene Schande!

Das Chemnitzer SPD-Organ „Volksstimme“ schreibt am 13. April: „Die Klammern wehren sich heftigstens. Von zwei Seiten zeigen zu gleicher Zeit finstere Wolken auf und bedecken die Arbeiterklasse mit einem Gewitter. Im Ruhrgebiet rührt das Unternehmertum, um das Schicksal der Wähe erneut ins Wanken zu bringen und Verträge für einen weiteren empfindlichen Lohnabbau an der ganzen sozialen Front zu schlagen, und in Berlin rührt die Reichsregierung zu einem neuen schweren Angriff auf die Arbeitslosenversicherung. Die Kapitalistenklasse will ganze Arbeit machen. Sie will die Zeit benutzen, um endlich all die sozial-reaktionären Wähe zu verwirklichen, die sie schon immer als Forderungen angekündigt hatte. Aber gegen Rat und Mangel ist es nicht möglich, auch keine Polizeikräfte zu helfen, und wer daran die herrschende Klasse noch vermehrt, der unterschätzt selber die Feuer, die er mit dem Artikel 48 erstickt. Wer den Klassen kein menschenwürdiges Dasein zu sichern vermag und wer seinen anderen Rat weh, als den Armen noch die letzten Lebensmöglichkeiten zu nehmen, der spielt ein von vornherein verlorenes Spiel, und ein Spiel mit dem Feuer dazu!“

Das sagt das Blatt derselben Partei, die allen diesen Verbrechen den Weg bahnt. Aber nicht nur das Kapital, auch die SPD spielt ein verlorenes Spiel, und ein Spiel mit dem Feuer dazu!

Zwickauer SPD-Parteitag gesteht:

SPD bahnt Faschismus den Weg!

Die „linken“ SPD-Führer wollen bei Weis bleiben — die SPD-Arbeiter wollen mit den Kommunisten gegen Faschismus kämpfen!

Am vergangenen Sonntag tagte der Parteitag des Zwickauer Bezirks der SPD, dessen besondere Bedeutung darin liegt, daß er direkt als Unterfraktionsaktion für die „linken Reum“ der Reichstagsfraktion ausgeführt war und bei dem es zu sehr charakteristischen Auseinandersetzungen und Geständnissen kam. Eine Resolution, die sich hinter die „Reum“ stellt und die Taktik der SPD-Rechtskritik mißbilligt, wurde mit 188 gegen 36 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Ein Vertrauensvotum für die politische Leitung des Bezirks und die Haltung der beiden „linken“ Zeitungen wurde mit 204 gegen 22 Stimmen angenommen.

Wie stark die Empörung der Arbeiter die Parteiführer unter Druck setzt, zeigten am deutlichsten die Ausführungen des Abgeordneten Seidewitz, des Vorsitzers der „Reum“ in Sachsen. Ganz offensichtlich kämpfte er mit außerordentlich radikalen Worten zum Zwecke der Erhaltung der rebellierenden SPD-Proletariat für die Partei. Dabei war er jedoch gezwungen, Geständnisse zu machen, die alarmierend auf die ehrlichen Arbeiter in der SPD wirken müssen. Er gab zu, daß es Schwindel sei, wenn man den Arbeitern einrede, die Regierung Brünning sei ein Bollwerk gegen den Faschismus. Die Meinung des Hofes sei eine andere. Deshalb verliere man auch die Massen, die man gewinnen wolle. Er war gezwungen, die Schuld der SPD-Rechtskritik an der Erhaltung des Faschismus veranschaulicht einzusetzen. Wörtlich erklärte er:

„Man sagt, die faschistische Bewegung ist so stark. Warum? Ich behaupte: an dem Charakter der Gefahren... haben ein gut Teil Schuld die Führer, die wir während der Koalitionspolitik gemacht haben!“

Hierbei ist interessant, daß er nichts Grundfälliges gegen die Politik sagt, sondern nur von ihren Fehlern spricht. Den Höhepunkt bildete seine Erklärung gegen die S-48-Titular-Brünning, die ganz deutlich zeigte, wie weit die „linken“ Führer in ihrer Demagogie zu gehen für nötig halten. Vortrefflich tief er aus:

„Und wenn heute die Kommunisten niederknuppelt worden sind, kommen morgen wir an die Reihe. Und ich sage hier gegenüber dem Genossen Schöplinger: ich gehe lieber zehnmal mit den kommunistischen Arbeitern als einmal mit den Reichswegenern.“

Dieser Ausruf war sehr geschickt berechnet, indem er doch den christlichen SPD-Proleten als der einzige Ausdruck ihres eigenen Kampfes für roten Einheitsfront. Stürmischer, langjähriger Reichstags- und Parteiführer, der Reich der SPD-Führer hierzu. Solche Reden lassen die Arbeiter verstehen machen, daß im Tagestamp und in allen entscheidenden Fragen die „linken“ Führer und ihre Presse in gemeinsamer Weise mit der gesamten Bourgeoisie und der Weis-Partei gegen die Kommunisten stehen.

Die Diskussion wurde von Graupe, dem „linken“ o. D., eingeleitet, der in außerordentlich widersprüchlicher Weise die Politik der SPD zu verteidigen suchte. Sehr charakteristisch war seine Erklärung, der Parteitag werde die Frau nicht ansprechen, denn was bedeuten die Reum bei einer 113 Mann starken Fraktion... Immerhin erhielt er Beifall bei der kleinen Gruppe der Delegierten, die sich aus Kommunisten u. a. zusammensetzte und die die Rückkehr der Freiheit und Halbheit der „linken“ auch innerparteilich bat. Graupes Gegenrede zum Teil beachte es jetzt, zu erklären, ganz so schuldig, wie es geschähe wird, sei die Lage der Arbeiterschaft nicht (!!!). Diese Erklärung läßt natürlich juristische Jurate leitens der proletarischen Delegierten aus, die ja wissen, welche Not das Proletariat betruft.

Die proletarischen Delegierten sprachen eine andere Sprache, wenn gleich das radikale Auftreten von Seidewitz ihre Meinungen über die Möglichkeit der „Beseitigung der Parteipolitik“ offensichtlich noch aufrechterhält.

Zusammenstöße mit Stahlheimern

Mehrere Verletzte in Neumünster / Fortschreitende Zerlegung in der NSDAP

Neumünster, 13. April.

Die Mühlhöl und Kleinrieden (bei Neumünster) kam es zu Zusammenstößen zwischen provozierenden Stahlheimern und Arbeitern. 5 Personen wurden, meist schwer, verletzt. Unter Anwendung des Gewaltsappels ging die Polizei gegen die Arbeiter vor. Bei der Abfuhr der Stahlheimer nach Kiel wurde von einem ihrer Kattwagen eine Bierflasche in die Menge der angekommenen Arbeiter mitten hinein geschleudert. Ein Arbeiter wurde dadurch verletzt.

Gleichlaufend mit der Ausschaltung des Reichstages und der diktatorischen Durchführung faschistischer Notverordnungen verläßt die Bourgeoisie die Mobilisierung der außerparlamentarischen Kräfte zur Unterdrückung der aufsteigenden revolutionären Arbeiterbewegung im Interesse des Finanzkapitals. Das zeigen die vermehrten Aufmärsche auch der Stahlheimer, sowie die zahlreicher werdenden Ueberfälle auf die Arbeiter. Die Ermordung des Chemnitzer Jungarbeiters, der Stahlheimaufmarsch in Neuland und die Zusammenstöße bei Neumünster bekräftigen es. Wie beim faschistischen Volksbegehren in Preußen, so gehen auch im Arbeiterland Stahlheimer und Nazis, Soldat und Hitler, Hand in Hand. Gefördert durch die Politik der SPD-Führer, der Goering und Co., die den Faschisten den Weg ebnen und sie faktisch unterstützen.

Der Widerspruch zwischen dem kapitalistischen Charakter, der Politik der Hitlerpartei und der Interessen ihrer bisherigen pro-

letarischen Anhänger verhärtet sich weiter, die Zerlegung schreitet fort: Davon berichten die folgenden Meldungen:

Staubig, Blank, erklärte: „Der Faschismus kommt gerade dann, wenn wir weiter „tolerieren“.“

Lang, Soja, nannte Graupe einen Disziplinbrecher gegen über der Mitgliedschaft.

Claus Jweilling sprach zunächst auch radikal und betonte, daß die Haltung der „führenden Parteigenossen“, wie Heilmann, zur Frage der Kimberpeilung oder des Falles der Frau Dr. Kienle nichts mit sozialistischer Weltanschauung gemein habe. Als aber darauf förmlicher Beifall erteilt und proletarische Delegierte zugurten begannen: Konsequenzen ziehen! — da sank Herr Jweilling das „linke“ Berg in die Brühlstraße und er rief:

„Wir stehen trotzdem fest zu dieser Partei... das Respektszeichen verlangen wir von den anderen.“

Dieser Ausruf ließ die rechte Kack aus dem „linken“ Sad. Damit war die ganze Verlogenheit der „linken“ SPD-Führer offensichtlich geworden.

Der koalitionsfreundliche Landtagsabgeordnete Haritz mußte diese Situation aus einer recht charakteristischen Vorkalle zwischen der Reichs- und der Sachsenpolitik. Er erklärte:

„Wenn wir ehrlich sein wollen, müssen wir anerkennen, daß wir in Sachsen auch eine bürgerliche Regierung tolerieren, abgesehen von jederzeit Neuwahlen machen könnten.“

Dieses wertlose Geständnis ist eine vollendete Entlarzung der SPD-Taktik in Sachsen. Sie stellt Herrn Heibel Augen und mit ihm die gesamte SPD-Fraktion. Die falsche Politik der SPD ist damit offen als Weispolitik gekennzeichnet. Die SPD-Arbeiter sollten sich diesen Ausruf merken. Sehr gut kann man die Empörung des linken, proletarischen, Disziplinbrechers verstehen, der ausrief:

„Die Idee ist vergermaltigt worden!“

Tamohl, die Idee, der Sozialismus ist von der SPD vergermaltigt worden. Die historische Mission des Kampfes für den Sozialismus hat die kommunistische Partei übernommen. Kein „radikales“ Schwächlein, keine hochstehenden Phrasen der „linken“ Führer können darüber hinwegtäuschen, daß in der Praxis die falsche Grundlinie für ihre Politik gilt wie für die der Weis und Co.: Die Aufrechterhaltung und Stützung des bürgerlichen, des kapitalistischen Staates. Das, was bei Seidewitz demagogische Furchel ist, das wird bei hunderttausend SPD-Arbeitern zur Tat werden: Jeder zehnmal mit den Kommunisten, als einmal mit den Generaten und mit deren Steigbügelreitern, den SPD-Führern. An einer solchen Front, die revolutionär geführt wird durch die KPD, muß und wird der Faschismus scheitern.

SPD-Bürokraten für Ermordung der Jungarbeiter

Der Bezirksparteitag der SPD Brandenburg-Grenzmark nahm einen Antrag an, der die sofortige Auflösung der gesamten jungsozialistischen Organisationen durch den Parteitag fordert. Dieser Schritt der SPD-Bürokratie stellt eine glatte Unterdrückung der Offensive der Bourgeoisie zur Durchführung des Wahlrechtsraubes an der Jungarbeiterschaft dar. Die Klassenbewegung jungsozialistischer Proletariat, die seit langem in heiligem Kampf gegen die verräterische Politik der SPD stehen, werden durch diese Schamlosigkeit auch die letzte Illusion über den Charakter dieser Partei verlieren. Die einzig richtige Antwort für die jungen Proletarier in der SPD wird der Anschluß an den kommunistischen Jugendverband und an die kommunistische Partei sein.

Arbeiter von Schönfelders Polizei niedergeschossen!

Nach wochenlangem Verbot erschien gestern zum erstenmal wieder die kommunistische Hamburger Volkszeitung. Zahlreiche Arbeiter hatten eine großzügige Verbreitung der Zeitung durch Straßenvorverkauf übernommen, wobei es an einer Stelle zu einer blutigen Provokation leitens faschistischer Polizisten kam. Ein Polizeibeamter verbot dem parteilosen Arbeiter Weinberger das Ausgehen der Hamburger Volkszeitung und versuchte, den Arbeiter unter Anwendung grober Gewalt zu verhaften. Als die umherstehenden Arbeiter ihrer Empörung Ausdruck gaben, zog der Polizist den Gewehrschutz, schlug wahllos auf sie ein und schob den Arbeiter Weinberger ohne jede Warnung hinter sich nieder. Weinberger erhielt einen gefährlichen Wundschuß am Kopf ins Hinterhaupt eingeleitet werden. Diese Brutalität der sozialdemokratischen Schönfelderspolizei löste unter den Arbeit-

ern die größte Empörung aus. In der die Parteiführer der SPD versuchten, die Arbeiter zu beruhigen, wurde die Polizei durch die Arbeiter von Schönfelders Polizei niedergeschossen!

Breslau, 14. April. (Eig. Bericht.) In einer hier von der Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten einberufenen Versammlung im Kunapark kam es im Verlauf der Diskussion zu schweren Schlägereien zwischen den „oppositionellen“ und den Hitleranhängern. In der Versammlung waren zahlreiche Kommunisten anwesend, die plötzlich die Internationale anstimmten, den Kampfgeist des revolutionären Proletariats. Durch die Wucht des kommunistischen Auftretens wurden die Nazilanthänger eingeschüchtert. Später schloß dann die Polizei die Versammlung.

Berichtigung. In unserer gestrigen Meldung über die Ermordung des Chemnitzer Jungarbeiters ist ein Drückfehler unterlaufen. Nur der Mörder heißt Otto, der ermordete Jungarbeiter heißt Kadite.

Moskau, 11. April. Die Mitglieder des Zentralkomitees der KPD (Sowjet- und Reichsdeutsche) nahmen eine Resolution an, in der die Parteiführer der SPD verurteilt werden, die Haltung der neuen „Disziplinbrecher“ gebilligt zu werden.